

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

**Wie kam es zu der Resolution der niedersächsischen Polizei zu einer Äußerung des Bundesinnenministers?**

Anfrage der Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 14.09.2018

In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 11. September 2018 wurde über eine Resolution der Führungskräfte der niedersächsischen Polizei berichtet, die den Bundesinnenminister Seehofer (CSU) zur Zurückhaltung bei seiner Wortwahl auffordern sollte. Diese Resolution sollte durch den Landespolizeipräsidenten Axel Brockmann und den Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrats, Martin Hellweg, verfasst worden sein und wurde im Anschluss daran durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Dietmar Schilff, an den Ministerpräsidenten übergeben.

Inhaltlich sprechen die Verfasser dieser Resolution im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der niedersächsischen Polizei. Darüber hinaus wird festgestellt, dass sich die 200 Mitglieder des Strategieforums am 8. September 2018 einheitlich dem Inhalt dieser Resolution angeschlossen hätten und die Äußerungen des Bundesinnenministers als unangemessen empfänden.

1. Wie setzte sich konkret der Teilnehmerkreis dieses Strategieforums zusammen, und auf welche Art und Weise wurden alle Mitglieder dieses Strategieforums durch die Unterzeichnenden hinsichtlich ihrer in der Resolution geäußerten ablehnenden Auffassung zu den Äußerungen des Bundesinnenministers befragt bzw. beteiligt? Inwieweit wurde die einstimmige Auffassung aller an diesem Strategieforum Beteiligten festgehalten?
2. Ist der Landesregierung bekannt, ob es auch seitens des Teilnehmerkreises Gegenstimmen zu dieser Resolution gab, und wie umfangreich waren diese?
3. Inwieweit war der Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, als oberster Dienstherr vorab über die Planungen und Inhalte des Resolutionsschreibens informiert? Gab es Abstimmungsgespräche zwischen dem Landespolizeipräsidenten und dem Innenminister?
4. Weshalb wird die Resolution nicht durch die Verfasser, sondern den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Dietmar Schilff, dem Ministerpräsidenten übergeben. In welcher Funktion handelte Herr Schilff bei dieser Übergabe?
5. Auf wessen Initiative ist die Resolution entstanden, und wer hat den ersten Entwurf formuliert?
6. Wie verträgt sich nach Auffassung der Landesregierung die politische Neutralitätspflicht, resultierend aus dem Mäßigungsgebot in § 33 Abs. 2 des Beamtenstatusgesetzes, von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit den Inhalten dieser Resolution?